Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.): durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 6. Dezember 1926 — Nummer 272

Der Kongreß der 2000

Gewaltige Massenkundgebung der roten Einheitsfront im roten Berlin — Die sächsischen Sozialdemokraten lehnen den gemeinsamen Aufmarsch der Arbeiter gegen die Reaktion in Sachsen ab

Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag wurde der Kongreß der Werktätigen nach einer feierlichen Schlußsitzung und der Vorführung des Potemkinfilms geschlossen. In der gestrigen Schlußsitzung erklärte der SPD-Delegierte Schreck, Detmold, unter stürmischer Zustimmung der Delegierten im Namen aller sozialdemokratischen Delegierten, daß sie mit der Entschließung der SPD-Delegation auf dem Erwerbslosenkongreß, die sich gegen die Hetze des „Vorwärts" wandte, solidarisch seien. Der SPD-Delegierte Wedler, Bremen, sprach von der abgrundtiefen Kluft, die die sozialdemokratische Delegation von dem Parteivorstand trenne. Nach dem Referat des Gen. Höllein über Steuerpolitik, Aufwertungs- u. Mieterfragen gab Gen. Pieck eine Erklärung zu dem antibolschewistischen Schwindel des „Vorwärts" ab. Der „Vorwärts" behauptet in seiner Sonntagnummer unter Berufung auf einen Artikel des „Manchester Guardian", die Sowjetunion liefere Granaten für Reichswehrgeschütze und habe im November 1926 mehrere Schiffe mit Waffen und Munition für die Reichswehr nach Stettin gesandt. Der „Vorwärts" stellt anschließend die ungeheuerliche Frage, ob nicht etwa die Gewehre, die im Oktober 1923 in Sachsen, Thüringen und Hamburg auf kommunistische Arbeiter losgingen, mit russischen Kugeln geladen gewesen seien. (!) Genosse Pieck zeigte die Haltung der sozialdemokratischen Führer seit den Tagen der Novemberrevolution gegenüber Sowjetrußland und der revolutionären Arbeiterschaft auf. Die neueste Verleumdung ist nichts anderes als ein abgefeimter Schwindel, den diese Führer im Dienste der englischen Imperialisten der deutschen Arbeiterschaft vorsetzen. Darauf folgte das Referat des Genossen Klauber über die Vernichtung der Volksgesundheit und das des Genossen Schönbeck über die organisatorischen Aufgaben. Anschließend wurde der Reichsausschuß einstimmig gewählt. Mit dem Gesang der „Internationale" wurde der Kongreß geschlossen. Darauf fand eine Massendemonstration der Berliner Arbeiterschaft unter Beteiligung aller Delegierten im Schillerpark statt. Ueber 2 Stunden dauerte der Aufmarsch der annähernd 100 000 Demonstranten. Die rote Massendemonstration ist die erste wuchtige Antwort der Berliner Arbeiterschaft auf die Beschlüsse des Kongresses.

Der zweite Tag

Zwei Tage bereits tagt der Kongreß der Werktätigen im Mercedes-Palast. Dem wuchtigen Auftakt folgte der sachliche, mächtige, von entschlossenem Kampfwillen getragene Verlauf der ersten zwei Sitzungstage.

Die Zahl der Delegierten beträgt nach der genauen Kontrolle 1956. Davon gehören an: der SPD 187, KPD 880, Sozialistischer Bund 15, USPD 16, Christlich-soziale Reichspartei 9 Demokraten 3; 690 Delegierte sind parteilos, 42 Bauernvertreter. Von 148 Delegierten fehlen noch die genaueren Angaben.

Dieser Kongreß von zweitausend Delegierten zeigt ein Bild, so ganz verschieden von dem anderer Kongresse. Es sind die Vertreter der Massen, der werktätigen Schichten der Bevölkerung. Es sind die vielen, die den zähen, unerbittlichen Kampf führen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, im Betrieb, in ihrer Gewerkschaft, im Erwerbslosenausschuß, in der Mieterorganisation, im Kleinbauernverband usw. Es sind die Vertreter der werktätigen Schichten der Bevölkerung, die aus ihrer sozialen Klassenlage heraus zur Empörung, zur Rebellion, zur Auflehnung gegen das herrschende, kapitalistische System getrieben werden. Sie suchen den Weg, der sie dem Ziele des gemeinsamen Kampfes näher bringt, sie erkennen in dem Kongreß den mächtigen Auftakt einer mächtigen Volksbewegung gegen die deutsche Großbourgeoisie.

Von dem Ernst ihrer Aufgabe erfüllt, lauschen die Delegierten den Referaten, sammeln sie das Material zur Führung des gemeinsamen Kampfes, zu dem der Kongreß der Auftakt ist.

Die Diskussion spiegelt wider die Vielgestaltigkeit der Zusammensetzung des Kongresses. Sie zeigt dieselbe Not, denselben Kampf in verschiedener Form, aber wie ein leuchtender roter Faden geht durch sie hindurch der Wille zur Zusammenfassung der Kräfte, zur Konzentrierung des Kampfwillens, zur einheitlichen, geschlossenen Aktion. Wie tief das Bewußtsein davon in die breitesten Werktätigen Schichten eingedrungen ist, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaftsbureaukratie der stärkste Widerstand gegen die Herstellung der einheitlichen Kampffront, das größte Hemmnis auf dem Wege zu einem neuen Aufstieg des Kampfes der Arbeiterklasse ist, zeigt der spontane und stürmische Beifall, den jede Kennzeichnung des Verhaltens der reformistischen Führer hervorruft.

Nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter beginnen sich von der theologischen Vormundschaft ihrer Parteibureaukratie zu befreien, sondern auch im christlichen Lager, bei den Zentrumsarbeitern ist eine starke Gärung vorhanden. Das Auftreten des christlich-sozialen Delegierten in der Diskussion, die Tatsache, daß trotz des ablehnenden Beschlusses der Reichsleitung der Christlich-sozialen Reichspartei 9 Delegierte dieser Partei am Kongreß teilnehmen, ist der beste Beweis dafür.

Dieser Kongreß, erfüllt vom ernsten, sachlichen Kampfwillen, ist dabei einer Begeisterung fähig, die einen um so stärkeren Eindruck macht, als sie spontan von unten kommt, wie ein starkes, mächtiges Feuer den ganzen Kongreßsaal erfüllt. Als der russische Bauer Anatonow sprach, als der Vertreter der englischen Minderheitsbewegung die Kampfgrüße der englischen Bergarbeiter überbrachte, wurden die Worte, die in fremder Sprache in den Saal gesprochen wurden, mit atemloser Stille angehört, die noch Schluß der Ansprache von einem Beifallssturm abgelöst wurde.

Den Höhepunkt des bisherigen Verlaufes des Kongresses bildete die Uebergabe einer Fahne durch einen Betriebsvertreter aus dem Bezirk Erzgebirge-Vogtland an die Bauerndelegation. Das Bündnis zwischen Stadt und Land, die Schaffung der einheitlichen Kampffront zwischen den gegen die Rationalisierung des Großkapitals kämpfenden Betriebsarbeitern und Erwerbslosen und den durch Steuern- und Wirtschaftskrise in den Grundlagen ihrer Existenz bedrohten Kleinbauern, fand hier seinen lebendigen Ausdruck. Spontan stimmte die gesamte Konferenz die „Internationale" an, ein dreifaches Hoch auf die Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land erfüllte den mächtigen Saal.

Der Kongreß der Werktätigen richtet in seinen ersten Beschlüssen an alle Werktätigen den Ruf, sich einzureihen in die einige rote Front!

Russische Waffen nach Deutschland

Die sächsische SPD auf dem Wege zur Großen Koalition — Ablehnung der Massenkundgebungen

Die SPD führt für die Erreichung der Großen Koalition mit der Volkspartei eine Kampfansage gegen die Reichswehr. Der „Kampf" im Blättermalde der SPD ist nicht so ernst zu nehmen, er verfolgt nicht den Zweck, die Reichswehr „umzugestalten", nicht einmal den, die reaktionären Offiziere zu entfernen. Wäre es der SPD darum zu tun, sie hätte ihr Material nicht so lange im Schubfach gehalten, sie wäre früher damit an die Oeffentlichkeit getreten, sie hätte die Vorstöße der KPD unterstützen müssen, sie würde, wie es von der KPD gefordert wurde, die kampfgewillten Arbeiter gegen die Reaktion aufgerufen haben. Nichts von dem, auch jetzt will die SPD nichts von einem Aufmarsch der Massen gegen die Reaktion wissen, im Gegenteil, sie versucht, jede Regung der Massen zu ersticken und abzulenken.

Während die SPD im Blätterwald und Parlament loyale Opposition führt, sammelt die KPD die Massen der Werktätigen. Auf dem Kongreß in Berlin kamen zirka 2000 Delegierte zusammen, von denen jeder 2500 Werktätige vertritt. Diese gewaltige Front soll von der SPD erschüttert, die Werbekraft des KdW untergraben werden, die SPD will in die Regierung, nicht um den Arbeitern helfen, sondern um wie bisher immer den Kapitalisten den Weg zur weiteren Rationalisierung, zur gesteigerten Ausbeutung zu ebnen.

Zu diesem Zweck veröffentlicht der „Vorwärts" unter Berufung auf den „Manchester Guardian" eine ganze Seite über angebliche russische Waffenlieferungen nach Deutschland. Rußland soll Waffen- und Gasfabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial für Deutschland und Rußland errichtet haben. Russische höhere Offiziere sollen in engster Verbindung mit Seeckt gestanden, deutsche Reichswehroffiziere ständig nach Moskau und zurückgereist sein, um die Fabriken einzurichten.

Der russische Botschafter in Berlin habe deutschnationale Besucher besonders empfohlen. Im November dieses Jahres seien mehrere Schiffe mit russischer Munition in Stettin angekommen. Die englische Zeitung mag diese hirnverbrannten Blödsinnigen Erfindungen als Gegenzug gegen die Westeuropareise Tschitscherins veröffentlichen, der „Vorwärts" übernimmt diesen Schwindel, um die Massen, zu verwirren, um in die Koalition zu kommen, um den steigenden kommunistischen Einfluß zu untergraben. Die Massen, die die Haltung der SPD gegenüber Rußland kennen, werden auch auf diesen Schwindel nicht hereinfallen. Der Schwindel ist zu blöd und dumm, aber er wird ungeheuerlich, wo der „Vorwärts" diese Mache mit Sachsen, mit den Vorgängen von 1923 in Verbindung bringt. Obgleich das englische Blatt erst von Waffenlieferungen in diesem Jahre phantasiert, schreibt der „Vorwärts":

„Waren die Gewehre, die in Sachsen, in Thüringen, Hamburg auf kommunistische Arbeiter losgingen, etwa mit russischen Kugeln geladen?"

Der „Vorwärts" vollführt mit frecher Stirn noch ein nachträgliches Rechtfertigungsmanöver. Durch diese Bemerkung soll die Schuld der SPD am Reichswehreinmarsch in Sachsen verwischt werden. Die Mühe wird umsonst sein. Jedes Kind in Sachsen weiß, Ebert und Sollmann haben den Reichswehreinmarsch befohlen. Die SPD hat die Abwehr der Angriffe gegen die Arbeiter sabotiert, den Generalstreik abgelehnt. Diese Schuld wird mit keinem Schwindel abgewaschen. Aber der „Vorwärts" überschlägt sich in der Sucht, diese Gelegenheit zu benutzen. Er schreibt weiter:

„Es wäre wahrhaftig das Tollste vom Tollen! Die Moskauer Kommunisten predigen die Weltrevolution. Ihre deutschen Anhänger rufen von der Reichstagstribüne herab — das taten sie vor zwei Jahren, jetzt tun sie es heimlich nicht mehr — das Proletariat zum „bewaffneten Aufstand". Mit einer lächerlich geringen Ausrüstung, unter erbärmlich schlechter Führung, in einer Situation, in der jeder Mensch mit gesunden fünf Sinnen eine Niederlage voraussehen mußte, schickt man verblendete Anhänger ins Gefecht.

Zugleich aber liefert dasselbe Moskau der Reichswehr die Waffen, um die Bewegung niederzuschlagen. So hetzt deutsche Arbeiter vor Maschinengewehre, die mit russischer Munition geladen sind!

Brudergruß aus Moskau!"

Heuchlerisch verlangt dann der „Vorwärts" „die Wahrheit", „die ganze Wahrheit" über diese Vorgänge. Jeder Mensch mit gesunden Sinnen weiß, daß diese Schreibereien ausgelachter Schwindel sind, daß sie nur zu politischen Zwecken, zur Hetze gegen die KPD aufgezogen werden.

Selbst die amtlichen Stellen bescheinigen dem „Vorwärts" das Bedürfnis nach Kommunistenhetze. Die „TU" verbreitet eine, wohl aus amtlicher Quelle kommende Mitteilung folgenden Inhalts:

„Zu der Aufmachung sowie zu den Kommentaren, die die „Enthüllungen" des „Manchester Guardian" über angebliche illegale Beziehungen zwischen Reichswehr und Sowjetregierung gefunden haben, erklärt man in den der Regierung nahestehenden Kreisen, über die seinerzeit gegebene offiziöse Kommentierung hinaus, sachlich nichts mehr sagen zu müssen. Die offiziöse Bemerkung lautete, wie erinnerlich, dahin, daß derartige Meldungen offensichtlich nur den Zweck hätten, auf die Verhandlungen in Genf störend einzuwirken. Es sei bedauerlich, daß ein Blatt von der Bedeutung des „Vorwärts" offenbar aus parteitaktischen gegen die Kommunisten gerichteten Gründen ausgerechnet zu dieser Zeit der gleichen Tendenz diene."

Für „Sachsen" hat der Schwindel des „Vorwärts" aber noch eine besondere Bedeutung, gerade die Bemerkungen über „die russischen Kugeln in Sachsen" soll der SPD in Sachsen helfen, die Koalition hier vorzubereiten. Alle übrigen Maßnahmen der SPD in Sachsen zeigen, daß die sozialdemokratischen Führer mit aller Energie daran arbeiten, die große Koalition in Sachsen vorzubereiten. Die KPD hatte, wie mit am Sonnabend öffentlich bekanntgemacht, die SPD zu gemeinsamen Kundgebungen gegen die Reaktion im Sächsischen Landtag aufgefordert.

Die SPD-Führerschaft hat daraufhin mit der Ablehnung geantwortet. Der Bezirksleitung der KPD ging heute folgendes Schreiben der Bezirksleitung der SPD zu:

„Dresden, den 4. Dezember 1926
An die Bezirksleitung der KPD
Werte Genossen!

Wir bestätigen den Eingang eures Briefes vom 1. Dezember und teilen euch mit, daß wir an der kombinierten Sitzung am Sonnabend, den 4. Dezember, nicht teilnehmen können, weil wir die Art und Methode des Kampfes zur Wahrung der Rechte der Arbeiterschaft im Sächsischen Landtag selbst bestimmen.

Mit sozialistischem Gruß
Der Bezirksvorstand Ostsachsen
i. A. Artur Rüdiger."

Die SPD zeigt damit deutlich, daß sie keinen Kampf gegen die Reaktion will. Sie beschränkt sich auf parlamentarische Manöver, um damit die Koalition vorzubereiten. Die gesamte Haltung der sächsischen SPD ist abgestellt auf Anbiederung an das Bürgertum. In einer Notiz in der Sonnabend-Nummer der „Dresdner Volkszeitung" nimmt die SPD-Führerschaft Stellung zu den von den Kommunisten im Landtag eingebrachten Anträgen. Sie erklären dort, daß sie diese Anträge ablehnen werden. Eine der wesentlichsten Forderungen ist in Anbetracht des rücksichtslosen Vorgehens der Justiz die Amnestie. Gerade aber zu dieser erklären die SPD-Führer, daß diese vollständig überflüssig sei. Sie, die vor einem halben Jahre